

Schwabmünchner Allgemeine

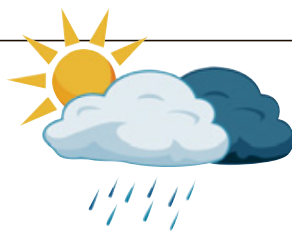
EINE ZEITUNG DER AUGSBURGER ALLGEMEINEN



100 Jahre Bayern
Wo der bayerische
Löwe brüllt
Bayern

Stuttgart 21
Warum Großprojekte in Deutschland
so teuer werden
Leitartikel Seite 2

Schauer, 7 Grad
Gebietsweise Regen
und Schnee
Wetter



DONNERSTAG, 14. DEZEMBER 2017 NR. 287 | 73. JAHRGANG

www.schwabmuenchner-allgemeine.de

PREIS € 1,80

Staat will Terroropfer besser entschädigen

Attentat Fehler nach dem Anschlag auf Berliner Weihnachtsmarkt sollen sich nicht wiederholen

VON MARTIN FERBER

Berlin Der Lastwagen machte den Unterschied. Er bedeutete für die Opfer und Hinterbliebenen des Anschlags auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz eine höhere Entschädigungssumme. Weil der tunesische Attentäter Anis Amri einen Sattelschlepper als Mordwaffe benutzt hatte, erhielten die Betroffenen eine Entschädigung nicht nur aus dem Härtefonds des Bundes und nach dem Opferentschädigungsgesetz, sondern auch von der Verkehrshilfe, einer freiwilligen Leistung der Autoversicherer. Hätte Amri eine Bombe gezündet oder mit einer Waffe um sich geschossen, wäre diese Quelle verspermt gewesen.

Als Konsequenz forderte der von der Bundesregierung berufene Opferbeauftragte, der frühere rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD), eine deutliche Erhöhung der Entschädigungssummen für die Opfer von Terroranschlägen. Im Vergleich zu anderen europäischen Staaten, sowie zu Israel und den USA, befand sich Deutschland im unteren Mittelfeld, sagte Beck bei der Vorstellung seines Abschlussberichts, den er zuvor bei einer Sitzung des Bundeskabinetts erläutert hatte. Zum einen sollten die Entschädigungen für die Hinterbliebenen wie die bei einem Attentat Verletzten deutlich erhöht werden, zum anderen dürfe es keine Rolle spielen, mit welcher Waffe der Anschlag begangen wurde. 10.000 Euro für den Verlust eines Ehepartners oder 5000 Euro für den Tod eines nahen Verwandten seien entschieden zu wenig. Es müsse verhindert werden, dass die Opfer auch noch in materielle Not gerieten.

Bei dem Anschlag am Abend des 19. Dezember 2016 waren zwölf Menschen getötet und annähernd 100 verletzt worden, einige von ihnen so schwer, dass sie bis an ihr Lebensende Pflegefälle bleiben werden. Viele kämpfen heute noch mit

den psychischen Belastungen und sind aufgrund der traumatisierenden Ereignisse arbeitsunfähig.

Als weitere Konsequenz forderte Beck, unmittelbar nach einem Anschlag einen gut sichtbaren und erkennbaren Ort zu schaffen, wo Menschen Aufnahme finden und beispielsweise bei der Suche nach Angehörigen unterstützt werden. Es dürfe nicht sein, dass Menschen die ganze Nacht herumirren und von Krankenhaus zu Krankenhaus ziehen, ohne zu erfahren, wo sich ihre Angehörigen befinden. Es biete sich an, die im Frühjahr eingerichtete Stelle des Opferbeauftragten in Bereitschaft zu halten, um sie im Notfall sofort aktivieren zu können.

Ausdrücklich kritisierte Beck, dass die Identifizierung der Toten zu lange gedauert habe und die Berliner Charité nach der Obduktion den Hinterbliebenen Rechnungen für die Untersuchung der Toten einschließlich Mahnbescheiden und Inkassohinweisen geschickt habe. Dass die Angehörigen bis zu drei Tage warten mussten, ehe die Toten offiziell identifiziert waren, obwohl teilweise sogar die Ausweispapiere vorlagen, sei eine furchtbare Erfahrung gewesen. Beck plädierte für eine vorläufige Identifizierung, um den Angehörigen so schnell wie möglich Orientierung zu geben.

Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) sicherte zu, die Forderungen rasch umzusetzen. Zudem bestehe Einigkeit, die Entschädigungsleistungen zu erhöhen. Bislang wurden nach seinen Angaben rund zwei Millionen Euro ausbezahlt. Dagegen kritisierten die Opfer in einem offenen Brief Kanzlerin Merkel und warfen ihr vor, bislang nicht das Gespräch mit ihnen gesucht zu haben. Am 18. Dezember will sich die Regierungschefin nun mit den Angehörigen und den beim Anschlag Verletzten im Kanzleramt treffen.

Wie die Behörden versagt haben, steht im **Kommentar**. Das traurige Schicksal einer Familie, deren Mutter starb, lesen Sie auf der **Politik**.

Ist das schon der CSU-Parteitag?



Nein, der ist erst morgen. Heute startet dafür Star Wars im Kino

Von Markus Söder ist bekannt, dass er schon früh ein großer Fan von Franz Josef Strauß war und sogar ein Poster des Idols im Jugendzimmer hing. Nicht ganz so bekannt ist hingegen, dass er auch ein Fan der Star-Wars-Filme ist. Deren zentrales Motiv, nämlich das ewige Ringen der hellen mit der dunklen Seite der Macht, ist ja quasi auch ein recht politisches Thema. Das beinahe ebenso ewig währende Ringen in

der CSU ist bekanntlich erst einmal beendet. Morgen soll es dann der Parteitag endgültig richten, und einen Stimmungsbericht finden Sie auf **Bayern**. Vorweg aber so viel: Söder (auf unserem Bild mit bösen Buben aus Star Wars bei einer Ausstellung im letzten Jahr) kann sich wohl in aller Ruhe den heute startenden, lange erwarteten neuen Film der Reihe im **Kino** anschauen, um den es auch im **Porträt** geht. Foto: Imago

Union sagt Ja zu Sondierung

Koalition SPD entscheidet sich erst morgen, ob sie konkrete Gespräche will

Berlin Union und SPD steigen in die entscheidende Phase ihrer Gespräche über eine Regierungsbildung ein: Nach dem ersten Spitzentreffen gestern Abend haben sich CDU und CSU bereits für eine konkrete Sondierung ausgesprochen. Es sei ein „offenes und vertrauensvolles Gespräch“ gewesen, teilte die Union mit. Die SPD-Führung wird erst morgen entscheiden, wie es weitergeht. Die Voraussetzungen für eine Neuauflage der Großen Koalition

sind kompliziert, nachdem sich die Sozialdemokraten nur mit Mühe zu Gesprächen durchringen konnten.

Weil die Union gescheitert ist, ein Bündnis mit FDP und Grünen zu schmieden, bleibt die SPD die einzige Option für Angela Merkel, um eine stabile Mehrheit zusammenzubekommen. Gestern Abend traf sich die CDU-Chefin mit ihrem CSU-Kollegen Horst Seehofer und dem SPD-Vorsitzenden Martin Schulz in Berlin. Mit dabei waren auch die

Fraktionschefs Volker Kauder und Andrea Nahles sowie CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt. Die Beratungen fanden hinter verschlossenen Türen statt, nicht einmal der Ort wurde offiziell mitgeteilt. Nach zweieinhalb Stunden war alles gelaufen. Anders als im zähen Jamaika-Tauziehen rechnet Merkel mit einer kurzen Sondierungsphase.

Warum das die schwierigste GroKo aller Zeiten werden dürfte, lesen Sie in der **Politik**. (dpa)

Der Döner ist gerettet

Straßburg Es war knapp für den Döner: Nur wenige Stimmen fehlten im EU-Parlament für ein vorläufiges Verbot von Phosphatzusätzen in Dönerfleisch. Nun können sich die Spieße aber weiterdrehen. 373 Ja-Stimmen zeigten im Europaparlament die Anzeigetafel für eine Entschließung an. Mit ihr sollte die EU-Kommission gehindert werden, den Döner, anderswo slicht Kebab genannt, in die Liste jener Lebensmittel aufzunehmen, die mit einer geringen Phosphorzugabe noch haltbarer und noch knackiger gemacht werden dürfen. Doch es reichte nicht: Drei Stimmen fehlten zur absoluten Mehrheit von 376 Stimmen. Der Döner darf also bleiben, wie er ist. Welcher Streit hinter der Döner-Entscheidung steckt, lesen Sie auf der Seite **Panorama**. (AZ)

Das Geheimnis der kalten Füße

Medizin Warum Frauen oft mit Socken ins Bett gehen und Männer nicht

VON JOSEF KARG

Augsburg Kommt Ihnen diese abendliche Szene bekannt vor? Ihre Frau geht mit dicken Wollsocken zu Bett. Und weil das als Kälteschutz nicht reicht, legt sie auch noch sorgsam eine Decke über das Fußende. Oder sie drückt ihre Eiszehnen an Ihre warmen Sohlen. Denn mit kalten Füßen einschlafen geht nicht.

Es soll ja Männer geben, die ziehen ihre Partnerin ob solcher Gewohnheit auf. Doch das ist fehl am Platze. Denn die kalten Füße von Frauen sind wissenschaftlich begründbar. Damit ist diese Frage jetzt endlich geklärt: Warum haben Frauen ständig kalte Füße, Männer aber nicht? Das Geheimnis hängt

damit zusammen, dass Frauen einen geringeren Energieverbrauch haben als Männer und weniger Wärme produzieren. Das wiederum liegt am weiblichen Hormon Östrogen, aber auch an einer verminderten Freisetzung von Schilddrüsenhormonen, erklärt Professor Pontus Persson von der Charité in Berlin.

Der kleinere Grundumsatz führe dazu, dass Frauen eher auskühlten und der Organismus die Wärme dort speichert, wo sie am vordringlichsten gebraucht werde: im Kopf und in den Brust- und Bauchorganen. Bei der Produktion von Körperwärme sind Männer also eindeutig im Vorteil. Immerhin etwa

40 Prozent ihres Körpergewichts bestehen aus Muskeln, bei Frauen sind es im Schnitt nur halb so viel. Auch darum haben Männer ausreichend Wärme für den gesamten Körper, der weibliche Körper dagegen muss haushalten und kühlt an den Extremitäten ab.

Übrigens: Bei klirrender Kälte können die Zehen einer Frau bis auf kühlshranktaugliche acht Grad Celsius abkühlen.



Foto: Fotolia

Bahn entschuldigt sich mit Gutscheinen

Berlin Die Deutsche Bahn bedauert die Verspätungen und Zugausfälle der vergangenen Tage und stellt Entschädigungen in Aussicht. „Wir hatten nach dem Fahrplanwechsel aufgrund des massiven Wintereintritts große Probleme“, sagte Fernverkehrschefin Birgit Bohle. Auf der neuen Trasse zwischen Berlin und München war zudem das Zugsicherungssystem ETCS gestört. Für Reisende auf der Schnellstrecke kündigte die Bahn eine spezielle Regelung an. Hat der Zug eine Verspätung von über einer Stunde, bekommen die Fahrgäste den vollen Ticketpreis erstattet und zusätzlich einen 50-Euro-Reisegutschein. Dies gilt bis Ende des Jahres.

Und die Bahn kämpft noch mit weiteren Problemen, wie Sie in der **Wirtschaft** lesen. (ajp)

Blickpunkt Lokales

Ingwer, Zwiebeln und Schweinefett

Omas Hausmittelchen bei Erkältungen sind oft nicht die angenehmsten. Aber viele helfen erstaunlich gut. **» Lokales Seite 1**

Kommentar

Behörden haben völlig versagt

VON MARTIN FERBER

fer@augsbuergen-allgemeine.de

Ein Jahr nach dem Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt ist vieles noch nicht aufgearbeitet. Zum einen hat ein vielfaches Versagen der Sicherheitsbehörden den Anschlag erst möglich gemacht, was nun auch ein Untersuchungsausschuss des Bundestags klären soll. Zum anderen waren der Staat und seine Organe im Umgang mit den Opfern überfordert. Der Abschlussbericht des Opferbeauftragten Kurt Beck listet eine ganze Reihe von Versäumnissen, Defiziten und bürokratischen Hürden auf. Regierung, Bundesbehörden und Landesämter waren auf ein derartiges Ereignis schlicht nicht vorbereitet, Opfer wurden von Pontius zu Pilatus geschickt, Behörden fühlten sich nicht zuständig und die gezahlten Entschädigungen, die ohnehin kein verlorenes Leben ersetzen können, liegen im internationalen Vergleich im unteren Mittelfeld. Kurt Beck hat dem anonymen Staat ein menschliches Gesicht gegeben und den Opfern die Gewissheit, dass sie nicht alleine kämpfen. Nun gilt es, die Konsequenzen aus seinem Bericht zu ziehen, die Abläufe zu verbessern und die Rechte der Betroffenen zu stärken. Damit die Opfer von Anschlägen nicht ein zweites Mal Opfer werden.

Heute in Ihrer Zeitung

FCA erlebt Achterbahnfahrt

Der FCA hat gestern Abend in der Fußball-Bundesliga auf Schalke verloren. Die Augsburger holten einen 0:2-Rückstand auf, unterlagen am Ende aber dennoch mit 2:3. Bayern schlug Köln 1:0. **» Sport**

Auf einen Blick

Augsburg	31-40 Magazin	19
Bayern	11-13 Panorama	16
Capito	27 Politik	4-6
Fernsehen aktuell	14 Rätsel/Sudoku	10
Feuilleton	20 Roman	26
Feuilleton reg.	28-30 Sport	21-25
Geld & Leben	10 Wetter	26
Kino	18 Wirtschaft	6-9

Kontakt

Redaktion Tel. 082 32 / 96 77-10
Fax 082 32 / 96 77-44
redaktion@schwabmuenchner-allgemeine.de

Anzeigen Tel. 082 32 / 96 77-50
Fax 082 32 / 96 77-21
anzeigen@schwabmuenchner-allgemeine.de

Abo-Service Tel. 082 32 / 96 77-65
abo@schwabmuenchner-allgemeine.de



4 190618 901809

4 0050